

**Von:** Leo Fritze [fritze@emb.ch]

**Gesendet:** Dienstag, 1. August 2006 19:07

**An:** '\_EDA-PA 2 Afrika-Naher Osten'

**Betreff:** AW: Antwort auf Ihre Nachricht vom 6. Juli 2006

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Mit reichlicher Verspätung antworte ich nun auf Ihre Mail vom 12. Juli. Zuerst bedanke ich mich für Ihre Stellungnahme. Ich gestatte mir, dazu einzelne Themen zu beleuchten.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, aus welchen Quellen das EDA die Informationen bezieht, welche es Frau Bundesrätin Calmy-Rey zur Verfügung stellt. Ich bin in grosser Sorge darüber, ob nicht irgendwelche Filter zur Anwendung gelangen, die den Blick für den Kontext zumindest teilweise verstellen. Sollten die Äusserungen von Frau Bundesrätin Calmy-Rey aber persönlichen Ursprungs sein, muss die Überlegung stattfinden, ob sie ihre Ansichten auf der richtigen Plattform ausbreitet.

Der Blick muss in der Tat zeitweise erheblich verstellt sein - wie sonst kann eine Bundesrätin einen Terroristen ehren, der seit Adolf Hitler wohl am meisten Juden umgebracht hat? Diese Ehrung erfolgte auffällig pünktlich zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Leider hat meine daraus erwachsene Forderung nach einem unverzüglichen Rücktritt der Bundesrätin kein Gehör gefunden.

Ein grosser Teil der Bevölkerung stellt sich die Frage, was die übermässige Betonung des humanitären Völkerrechts für eine Koalition hat mit der Tatsache, dass die Schweiz Waffen exportiert. Immenser Erklärungsbedarf hat sich angestaut: Die stete Betonung der Humanität lässt sich nicht mit Waffenexporten vereinbaren, eine solche Vereinbarung vielleicht aber herbeireden.

Es verstösst möglicherweise gegen die Genfer Konvention, wenn Krankenhäuser, Wohnblocks, UN-Posten als lebendige Schutzschilde für Raketenabschussbasen/Munitionslager durch Terrorgruppen dienen. Eine Bundesrätin, die diese (trotz Medienzensur) hinlänglich bekannten Sachverhalte nicht einmal aufnimmt, muss es sich gefallen lassen, wenn ihre Absichten ernsthaft in Frage gestellt werden.

Es ist eine ausgeklügelte Taktik, einen akkreditierten Staat anzugreifen nicht etwa durch einen anderen ebenbürtigen Staat, sondern durch Milizen, die ihrerseits durch Staaten unterstützt werden. So können Sanktionen und Resolutionen nur gegen den angegriffenen Staat verhängt werden. Dies ist auch der wahre Grund, warum die Palästinenser-Regierungen keinen Staat wollen. Er wurde ihnen ja mehrfach angeboten.

Die Funktion, den Aufbau, die Operationsweise, der Sinn und das stille Beziehungsnetz von Terrororganisationen allgemein können Ihnen andere Abteilungen besser erklären als ich. Nicht selten jedoch bedienen sich Staaten dieser Form von Zielerreichung, um die Aktivitäten auf eine nicht-offizielle (und somit nicht sanktionierbare) Ebene zu verlegen.

Anerkennung verdient gewiss die Tatsache, dass das EDA sich wo immer möglich für Frieden und Mässigung zwischen Konfliktparteien bemüht. Befasst man sich jedoch nur etwas tiefer mit der 'Nahost-Materie', stellt man leicht fest, dass von Seiten der extremistischen arabischen Führungen nur die völlige Auslöschung alles Jüdischen das Ziel ist. Diese Erklärung findet sich in der Charta der Hamas und ist öffentlich einsehbar, auch für einen Bundesratspräsidenten notabene. Auch die weiteren Ziele des radikalen und dominierenden Islam dürften dem EDA sowie dem Inlandgeheimdienst bekannt sein. Ich bin aber mit Ihnen der Meinung, dass nicht alle Erkenntnisse aus dieser Abteilung der breiten Masse zugänglich gemacht werden sollen.

Die aktive Sorge des EDA um Menschenrechte und Humanität muss unbedingt auch dann weitergehen, wenn innerarabische Missstände beleuchtet werden (würden). Natürlich ist die hiesige Wirtschaftsförderung nicht davon begeistert - doch gibt es auch in Ländern wie China Potential, um auf Annektion oder Menschenrechtsverletzungen im ganz grossen Stil hinzuweisen. Chinas Kritiker bekommen aber bereits hierzulande den amtlichen Wasserwerfer zu schmecken.

Es gibt erhebliche Ungereimtheiten in Bezug auf die nach aussen gerichtete Kommunikation des EDA: Eine Gleichbehandlung der verschiedenen Konfliktherde auf diesem Globus wäre wünschenswert, ebenso eine Einstufung in die proportionale Bedeutung.

Das Bundeshaus, das EDA und besonders eine Bundesrätin Frau Calmy-Rey hat in Bezug auf die Verantwortung Anteil daran, wenn die Bevölkerung über weite Strecken im Glauben gelassen wird, Israel sei unrechtmässiger Aggressor.

Es kann nicht Aufgabe eines neutralen Landes sein, Passivität zu zeigen, wenn die Stimmung zulasten Israels - zulasten den Juden schlechthin - erneut umschlägt. Diese Passivität, dieses Schweigen ist immer auch Komplizenschaft. Auch Schweigen ist Meinungsmache.

Es geht nicht darum, Israel einen Persilschein auszustellen für sein Tun und Lassen. Doch wem in diesem Lande, wenn nicht der Schweizer Regierung - stehen Informationen in jedem gewünschten Masse zur Verfügung? Und wer - wenn nicht die Regierung - hat es in er Hand, sachbezogen und neutral Stellung zu beziehen?

Ich plädiere dafür, dass zuerst innerhalb dieses Landes für eine ausgewogene Berichterstattung gesorgt wird, die den Namen auch

verdient. Eine objektive Berichterstattung ist ein wesentlicher Beitrag zum Frieden, zur Friedenserhaltung gegenüber jüdischen Mitmenschen. Hernach mag sich die Regierung darauf ausrichten, ihr Engagement für Frieden auch im Ausland zu verstärken. In dieser Reihenfolge müssen die Aufgaben gesehen und angegangen werden. Muss es Aufgabe von Privatpersonen bleiben, gegen einseitige Berichterstattung und antijudaistisches Gedankengut anzukämpfen?

Sie mögen mir antworten, dass Sie keinen Antijudaismus erkennen können in Berichterstattung der Medien und Grundstimmung der Bevölkerung.

In diesem Falle wären meine Befürchtungen bereits eingetroffen.

Mit freundlichen Grüßen  
Leonhard Fritze

–

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** \_EDA-PA 2 Afrika-Naher Osten [mailto: admin.ch]

**Gesendet:** Mittwoch, 12. Juli 2006 16:36

**An:** fritze@emb.ch

**Betreff:** Antwort auf Ihre Nachricht vom 6. Juli 2006

Sehr geehrter Herr Fritze

Wir danken Ihnen für Ihre Emails vom 6. Juli sowie vom 11. Juli 2006 an das Generalsekretariat betreffend die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist über die Eskalation der Gewalt in Israel und dem Besetzten Palästinensischen Gebiet und deren humanitäre Folgen zutiefst besorgt. In seinen Pressecommuniqués vom 29. Juni und 3. Juli 2006 hat es dieser Sorge Ausdruck verliehen und die Konfliktparteien zur Mässigung und zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufgerufen.

Als Depositarstaat der Genfer Konventionen fühlt sich die Schweiz dem humanitären Völkerrecht in besonderem Mass verpflichtet. Dieses stellt den relevanten Beurteilungsrahmen für den bewaffneten Konflikt im Nahen Osten dar. Sowohl die israelischen Streitkräfte als auch die bewaffneten palästinensischen Einheiten sind bei ihren Aktionen an dessen Regeln gebunden.

Es besteht kein Zweifel, dass Israel das Recht hat, seine gefangenen Armeeangehörigen mit militärischen Mitteln zu befreien. Dabei muss es aber das Kriegsvölkerrecht beachten, welches insbesondere gebietet, Operationen nur gegen strikt militärische Ziele zu führen, die Zivilbevölkerung und zivile Installationen wenn immer möglich vor den Folgen von Angriffen zu schützen und auf alle Formen der Kollektivstrafe gegen die Zivilbevölkerung zu verzichten. Allgemein gilt, dass militärische Aktionen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit respektieren müssen. Verschiedene Aktionen der israelischen Armee im Zuge ihrer Offensive gegen den

Gaza-Streifen verletzen diesen Grundsatz und stellen eine verbotene kollektive Bestrafung der Bevölkerung dar. Auch hat Israel die völkerrechtlich erforderlichen Vorsichtsmassnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur nicht getroffen. Die Zerstörung eines Elektrizitätswerks, die Angriffe auf die Büros des palästinensischen Premierministers und anderer Ministerien, die willkürliche Festnahme einer grossen Zahl demokratisch gewählter Volksvertreter und Minister sowie der Entzug des Residenzrechts dreier Parlamentarier und eines Ministers in Ostjerusalem sind nicht zu rechtfertigen.

Auf der anderen Seite fordert das EDA auch von den bewaffneten palästinensischen Gruppen den Respekt des humanitären Völkerrechts. Das EDA verurteilt Raketenangriffe aus dem Gazastreifen auf Ortschaften in Israel ebenso wie Selbstmordanschläge auf die israelische Zivilbevölkerung, wie zahlreiche Medienmitteilungen des EDA belegen. Der israelische Soldat, der im Rahmen einer bewaffneten Aktion von palästinensischen Kämpfern gefangen genommen wurde, ist laut den Genfer Konventionen unter allen Umständen mit Menschlichkeit zu behandeln. Das EDA hat sich zudem für dessen rasche Freilassung verwendet, welche einen wichtigen Beitrag zur Beruhigung der Situation darstellen würde.

Die Schweiz verurteilt alle Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung, wer auch immer die Täter sind. Es ruft regelmässig alle Parteien zur Mässigung und zum Verzicht auf Gewalt auf, da einzig der Dialog und die vollumfängliche Respektierung des humanitären Völkerrechts Fortschritte in der Suche einer umfassenden und dauerhaften Lösung des Konflikts bewirken können.

Mit freundlichen Grüssen

Politische Abteilung II  
Afrika / Naher Osten